



Insgesamt verschärft die Corona-Pandemie sowohl auf wirtschaftlichem als auch sozialem und gesundheitlichem Gebiet wie ein Brennglas alle bereits vorhandenen strukturellen Ungleichheiten in den Geschlechterverhältnissen.

FLINTA-Personen (Frauen, Lesben, inter-, nichtbinäre, trans- und agender-Personen) sind von den Folgen der Corona-Krise in besonderem Maße und in fast allen Lebensbereichen betroffen. Sie arbeiten häufig in Teilzeit oder befristet sowie in sogenannten systemrelevanten sozialen Berufen wie z.B. der Pflege. Diese sind zwar offensichtlich unverzichtbar für die Grundversorgung der Bevölkerung, paradoxerweise herrschen aber gerade hier häufig sehr schlechte Arbeitsbedingungen in Form von hoher Arbeitsbelastung bei Personalmangel, hohem Ansteckungsrisiko und schlechter Bezahlung. Doch auch Frauen* in nicht als systemrelevant anerkannten Berufen sind von den Lockdown-bedingten Schließungen der Branchen betroffen, in denen vermehrt Frauen* ihren Lebensunterhalt verdienen, wie z. B. Gastronomie, Kultur oder Tourismus. Frauen* laufen somit insgesamt eher Gefahr, durch die Krise in eine prekäre finanzielle Lage zu geraten. Dies verschärft sich insbesondere, wenn sie bereits vor der Pandemie durch z.B. niedriges Bildungsniveau und/oder alleinerziehende Mutterschaft, Ausbildung oder Studium einen geringen sozio-ökonomischen Status aufwiesen.

90 Prozent der 692.000 erwerbstätigen Alleinerziehenden mit Kindern unter 13 Jahren sind Frauen*, für die die Situation durch den Wegfall von Kinderbetreuung in Schulen und Kitas noch herausfordernder wurde als vor der Pandemie. In einer Erwerbstätigenbefragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung geben 52 Prozent der Alleinerziehenden mit Kindern unter 14 Jahren an, „äußerst belastet“ oder „stark belastet“ durch die Auswirkungen der Krise zu sein. Aber auch Mütter in heterosexuellen Paarbeziehungen sind meist stärker gefordert als die Väter. Die erwähnte Befragung des WSI kommt zu dem Schluss, „dass auch in der Krise der ganz überwiegende Teil der anfallenden Betreuungs- und Care-Arbeit von Frauen* übernommen wird“. 54 Prozent der befragten Frauen* berichten, den überwiegenden Teil der anfallenden Kinderbetreuung abzudecken. Dem gegenüber stehen gerade mal zwölf Prozent der Männer*, die diese Aufgabe schultern.

Selbst Paare, die sich die Kinderbetreuung vor der Pandemie gerecht geteilt haben, konnten dies nur noch in 60 Prozent der Fälle beibehalten. Bei Paaren mit einem Gesamteinkommen von weniger als 2.000 Euro war es sogar nur 48 Prozent möglich. Langfristig bedeutet diese Entwicklung massive Einschnitte in das Erwerbs- und Renteneinkommen incl. eines Anstiegs der Altersarmut von Frauen*, da durch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise die Wiederaufnahme der ursprünglichen Arbeitszeit wahrscheinlich häufig nicht ohne Weiteres möglich sein wird. Hier zeigt sich deutlich der Zusammenhang zwischen Gender Care Gap und Gender Pay Gap.

70 Prozent der Kinder und Jugendlichen fühlen sich seit der Corona-Krise stark belastet. Jedes dritte Mädchen berichtet über (Zukunfts-)Ängste und emotionale Belastung; Traumata, Belastungs- und Bindungsstörungen verstärken sich. Vor allem sozial benachteiligte Mädchen und Mädchen mit Migrationserfahrungen leiden unter sozialer Isolation und vermissen die Möglichkeiten, Freundinnen zu treffen, eine Auszeit zu nehmen und Schutz- und Freiräume außerhalb der Familie zu haben. Oft fehlen offene Anlaufstellen in Krisensituationen und bei Übergriffen und Gewalt. Die

allgemein angespannte Situation bringt außerdem vermehrt psychische Belastungen mit sich. Dies zeichnet sich deutlich in der Beratungsarbeit mit den Klientinnen ab. Ein generell empfundener Kontrollverlust, Einsamkeit, Existenzsorgen, aber auch erschwerte Zugänge zu Arztterminen oder Schwangerschaftsberatungen, steigende Preise oder die Sorge um gesundheitlich besonders gefährdete Angehörige führen nicht selten zu depressiven Verstimmungen und Angstzuständen. Soziale Isolation, beengte Wohnverhältnisse und Existenzängste steigern auch die Gewalt gegen Frauen* und Kinder. Deren Möglichkeiten, Gewaltsituationen im häuslichen Umfeld zu entgehen, werden durch die coronabedingten Einschränkungen zusätzlich begrenzt. Selbst Hilfetelefone, Frauenschutzhäuser und Ansprechpartnerinnen* können weniger in Anspruch genommen werden, da die gewalttätigen Partner* die Wohnung deutlich seltener verlassen und die Betroffenen deshalb schwieriger unbemerkt Kontakt nach außen aufnehmen können. Das verschärft die Lage der Betroffenen enorm.

Die Frauen* und Mädchen*, die die Angebote von MEDEA nutzen, fordern weltweit den Stopp bzw. das Verbot von:

- Gewalt
 - körperlicher Gewalt
 - psychischer (verbaler, emotionaler) Gewalt
 - ökonomischer Gewalt
 - sexualisierter Gewalt
- FGM/C (weibliche Genitalbeschneidung/-verstümmelung)
- Zwangsheirat
- Kinderehe
- Menschenhandel und Zwangsprostitution
- sexueller Verfügbarkeit
- sexistischer Werbung
- Reproduktion von Geschlechterrollen (Spielzeug, Jobs, Hausarbeit)
- Zwang zum Sex und Vergewaltigung in der Ehe

Sie wünschen sich Frauen*rechte / das Recht auf:

- gerechte Verteilung und/oder Entlohnung der Hausarbeit und Kindererziehung
- Akzeptanz der Vielfalt von Geschlechtern
- Sorgerecht
- Scheidung
- Schwangerschaftsabbruch
- Familiennachzug
- Deutschkurse mit Kinderbetreuung
- perfekte Unterstützung während Schwangerschaft und Elternzeit
 - finanzielle Unterstützung
 - Arbeitsplatzsicherheit / Fortführung des Studiums
 - Kinderbetreuung
- Hebammenversorgung und Zugang zu Rückbildungskursen und Babynahrung
- gesundheitliche Versorgung im ländlichen Raum
- kostenlose Verhütungsmittel für alle
- leichten Zugang zu billigen Hygieneartikeln
- Schutz von Alleinerziehenden
- Öffnung von Therapien (insbesondere gruppen- und Gestalttherapien) für alle
- Schwimmhallenzeiten für Frauen, Sportplätze für Frauen
- Öffnung der Schulen und der Sportvereine
- technische Voraussetzungen für Homeschooling in allen Familien!